

Gemeinsame Pressemitteilung von Diakonie Deutschland und Evangelischer Bundesfachverband Existenzsicherung und Teilhabe e.V. (EBET)

zum Tag der Wohnungslosen am 11. September 2021

## **Wohnungslose Menschen brauchen ein Zuhause! – Diakonie fordert ein bundesweites Aktionsprogramm gegen Wohnungslosigkeit**

Berlin, den 10. September 2021 – Die Wohnungsnot in Deutschland verschärft sich rasant. Vor allem in den Ballungsgebieten ist bezahlbarer Wohnraum kaum noch zu bekommen. Auf der Strecke bleiben ganz besonders wohnungslose Menschen: Für sie ist es nahezu unmöglich, eine angemessene Wohnung zu finden – das Grundrecht auf Wohnen wird ihnen verwehrt.

Die Diakonie Deutschland und der Evangelische Bundesfachverband Existenzsicherung und Teilhabe (EBET) erwarten eine Neuausrichtung der Wohnungspolitik von der kommenden Bundesregierung. Zum Tag der Wohnungslosen am 11. September fordern sie ein bundesweites Aktionsprogramm, um die Wohnungsnot in Deutschland zu lindern und das Grundrecht auf Wohnen für alle Menschen zu verwirklichen.

Maria Loheide, Vorständin Sozialpolitik der Diakonie Deutschland: „In vielen deutschen Städten und Gemeinden herrscht ein eklatanter Mangel an bezahlbarem, sozialem und inklusivem Wohnraum. Die unzureichende Wohnungspolitik der letzten Jahre und grobe Fehlplanungen haben zu diesem Notstand geführt. Viele Menschen am Rande des Existenzminimums bekommen keine Wohnungen mehr und für wohnungslose Menschen ist es nahezu aussichtslos, eine bezahlbare und angemessene Wohnung zu finden. Dieses Problem muss in der neuen Legislaturperiode endlich konsequent in einem gemeinsamen Kraftakt von Bund, Ländern und Kommunen angegangen werden. Die Verschiebung von Verantwortung muss ein Ende haben. Notwendig ist eine gemeinwohlorientierte Wohnungs- und Bodenpolitik, die für alle Menschen angemessenen Wohnraum sichert. Dazu gehört auch ein bundesweites Aktionsprogramm, das Wohnraum für wohnungslose Menschen schafft. Bei der sozialen Wohnraumförderung sollten zudem feste Versorgungsquoten für wohnungslose oder von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen vorgesehen werden. Wohnen ist ein Menschenrecht. Eine soziale Wohnungspolitik muss sich am Bedarf der Mieterinnen und Mieter sowie Wohnungssuchenden orientieren – und nicht am Profitinteresse von Wenigen.“

Dr. Jens Rannenberg, Vorsitzender des EBET, betont: „Gerade in der Corona-Pandemie haben wir gesehen, wie wichtig es ist, ein Dach über dem Kopf zu haben und wie verletzlich wohnungslose Menschen sind. Wohnungslosigkeit dürfte es in unserer Gesellschaft eigentlich gar nicht geben. Jeder Mensch braucht ein Zuhause. Die nächste Bundesregierung sollte es sich zum Ziel setzen, Wohnungslosigkeit mit allen Mitteln zu bekämpfen. Dazu gehören auch präventive Maßnahmen, um den Wohnungsverlust zu verhindern. Statt Notunterkünften brauchen die Menschen einen regulären, mietrechtlich abgesicherten Wohnraum. Innovative Konzepte wohnbegleitender Hilfen, wie zum Beispiel der Housing-First-Ansatz, müssen daher breitflächig unterstützt werden. Wir brauchen endlich eine Wohnungspolitik, die das Grundrecht auf Wohnen für alle Menschen verwirklicht.“

### **Weitere Informationen:**

Positionen der Diakonie Deutschland zur Bundestagswahl 2021 für mehr bezahlbaren Wohnraum:  
<https://www.diakonie.de/bundestagswahl-2021/bezahlbarer-wohnraum>

Für Rückfragen und weitere Informationen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Sarah Spitzer, Assistenz Aktuelles Diakonie Deutschland, Telefon 030- 65211-1780,  
[pressestelle@diakonie.de](mailto:pressestelle@diakonie.de), [www.diakonie.de](http://www.diakonie.de)

Lars Schäfer, EBET e.V., Telefon 030 - 65211-1816, [ebet@diakonie.de](mailto:ebet@diakonie.de), [www.ebet-ev.de](http://www.ebet-ev.de)

Diese Pressemitteilung wird durch die Diakonie Deutschland und den Evangelischen Bundesfachverband Existenzsicherung und Teilhabe versandt. Doppelsendungen bitten wir zu entschuldigen.